

Reichelt, Hans von 19. Dezember 1980  
 1911-1980

Kurz danach, am 26.3.1981, beschließt der Rat der Stadt Düsseldorf auf Antrag der SPD-Ratsfraktion, eine Liste von Gebäuden und Örtlichkeiten in Düsseldorf zu erstellen, die im Dritten Reich eine Rolle gespielt haben, als Grundlage für die Anbringung von Gedenktafeln.

Dieser begrüßenswerte Beschluß kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Forderung nach einer zentralen Gedenkstätte, wie sie auch die Bezirksvertretung 1 am 21.8.1979 vorgeschlagen hat, damit nicht erfüllt wurde. Aus diesem Grund schreiben am 15.4.1981 engagierte Düsseldorfer Bürger an den Oberbürgermeister Kürten einen Brief, in dem sie nochmals auf die Wichtigkeit einer Gedenkstätte aufmerksam machen.

## Ehemalige Gerresheimer Synagoge und Gedenktafeln in Düsseldorf

Unzufrieden mit dieser Situation initiiert die Sozialistische Jugend Deutschlands "Die Falken" eine Bürgerinitiative "Gedenkstätte Synagoge".

In der Gründungssitzung am 30.6.1982 beschließt man, sich für den Erhalt der ehemaligen Synagoge einzusetzen und zu einer Mahn- und Gedenkstätte nach Essener Beispiel auszubauen.

Die Initiative der "Falken" hatte auch nicht den gewünschten Erfolg. Sie scheiterte an Zuständigkeiten der Verwaltung und an der mangelnden Entschlossenheit der politischen Instanzen, diese Idee auch in die Tat umzusetzen. Aber nicht nur in diesem Fall kam man in Düsseldorf nicht voran. Der Ratsbeschluß vom 26.3.1981, an verschiedenen Gebäuden und Örtlichkeiten, die im Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus stehen, Gedenktafeln anzubringen, war nun auch schon 1 1/2 Jahre alt. Die SPD-Ratsfraktion mußte in einer Ratsanfrage an diesen Beschluß erinnern.

Es dauerte weitere zwei Jahre, nämlich bis zur Sitzung des Kulturausschusses am 6.6.1984, bis der Ratsbeschluß vom 26.3.1983 in einem Teilschritt, an acht Stellen in Düsseldorf (17 waren vorgeschlagen) Gedenktafeln anzubringen, konkretisiert wird. Wann die Umsetzung erfolgt, ist bis jetzt noch ungeklärt.

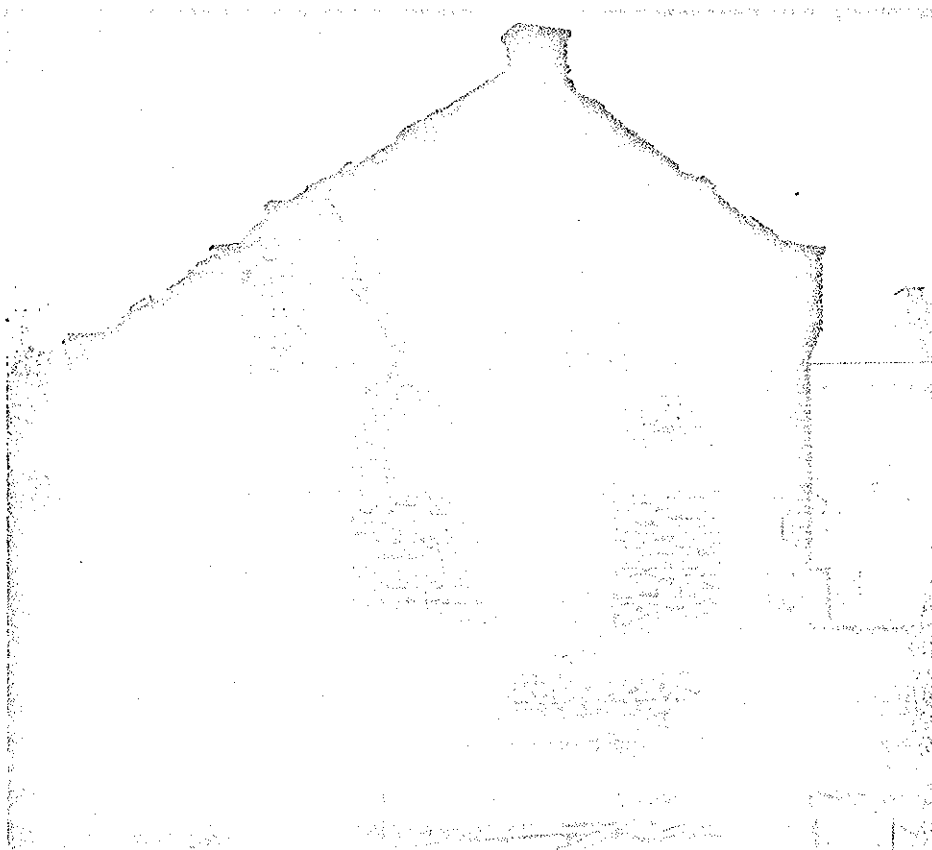
An diesem Beispiel wird sehr deutlich, daß die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus den Politikern und der Verwaltung dieser Stadt ausgesprochen schwer fällt.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß sich einzelne Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung auch für eine Gedenkstätte eingesetzt haben oder durch die Aufarbeitung Düsseldorfer Stadtgeschichte einen Beitrag zur Bewältigung dieser Zeit beigetragen haben. Nichts kann aber darüber hinwegtäuschen, daß man generell nicht gerne an dieses Kapitel Düsseldorfer Geschichte herangehen will. Es ist nun fast 40 Jahre her, daß die Befreiung vom Faschismus vollzogen wurde und diese Stadt hat es immer noch nicht geschafft, den Opfern dieser Zeit ein würdiges Denkmal zu setzen. Schon so lange her?

## Neonazis in Düsseldorf

In der Nacht zum Samstag, den 25.2.1984, brannte die ehemalige Gerresheimer Synagoge. Auf den Mauern des Gebäudes und in der Umgebung fand man eindeutig antisemitische Schmierereien.

Foto, Deutsche Presseagentur dpa vom 26. Februar 1984  
Archiv Jugendring Düsseldorf



Zwei Jugendliche, angeblich in alkoholisiertem Zustand, hatten die ehemalige Synagoge angezündet. In der folgenden Zeit gab man sich redlich Mühe, die Täter als harmlose Jugendliche ohne politischen Hintergrund darzustellen. Aus der ganzen Stadt gab es empörte Stellungnahmen, die die Tat aufs schärfste verurteilten. Auch gab es Stimmen, unter anderem vom Kulturbetrieb, dem Heimatverein Alde Düsseldorf, der SPD-Fraktion, der SPD-Fraktion im Kulturausschuß und von verschiedenen Initiativen, die sich für den Erhalt der Synagoge einsetzten.

Vom Rat Entscheidung „ohne Wenn und Aber“?

# Bethaus als Mahnstätte

Jugendring ruft die Düsseldorfer zu Spenden auf

Von unserem Redaktionsmitglied Gerda Kaltwasser

„Eine Entscheidung ohne Wenn und Aber“ bei der Ratssitzung am 29. März forderte gestern vor der Ruine der ehemaligen Synagoge der Jüdischen Gemeinde Gerresheim Klaus Reuter, der 2. Vorsitzende des Jugendringes. Gemeint war die Ent-

scheidung, die Reste des Hauses zu erhalten und es als Gedenkstätte einzurichten. Zu wenig sei in der Vergangenheit geschehen, um über den Nationalsozialismus aufzuklären, zu stark würden neo-nazistische Bestrebungen in der Jugend heute.

Der Jugendring Düsseldorf ruft zu Spenden auf, die es ermöglichen sollen, das Gebäude zu erhalten. Er weist darauf hin, daß seit Jahren die Vorschläge, den von den Kunsthistorikern als bemerkenswertes Kulturgebäude aus der Gründerzeit angesehene kleine Backsteingebäude hinter dem Neuser-Tor zu erhalten und zu einer würdigen Gedenkstätte der Opfer des Widerstandes auszubauen, von den Politikern der Stadt weitgehend mißachtet worden seien. Auch der Ratsbeschluss von vor drei Jahren, Stätten des Widerstandes in der Landeshauptstadt mit Gedenkplätzen zu versehen, sei bis heute nicht verwirklicht worden.

Zur Erinnerung: 1935 besuchte die kleine jüdische Gemeinde Gerresheim das Geld auf, um ein Bethaus auf dem von der Stadt Gerresheim zur Verfügung gestellten Grundstück zu errichten. Als 1932, am 1. April vor 75 Jahren, Gerresheim nach Düsseldorf eingemeindet wurde, schloßen sich auch Gerresheimer Juden der Düsseldorfer Ge-

meinde an. Das Bethaus wurde verkauft, diente seitdem als Lagerraum, Werkstatt, Garage. Anfang dieses Jahres erwarb die Stadt Düsseldorf das Grundstück. Das Gebäude spielte dabei keine Rolle.

In der Nacht zum 25. Februar stiegen Brandstifter in das Gebäude ein. Weil sie das Tor nicht öffnen konnten, erkletterten sie trotz angeblicher Volltrunkenheit ein hochgelegenes Fenster, drangen ein und legten Feuer, sprühten auch hier und in der Nachbarschaft antisemitische Parolen an die Wände. Die Täter wurden gefaßt und sitzen in Untersuchungshaft.

Was nun? Stadtdechant Bernhard Henrichs, der ebenso wie SPD-Reichsrat Gerda Litgen und Mitglieder der Bezirksvertretung, der Vereinigung der Verbände des Naziregimes, Jugendamtsleiter Paul Saatkamp, junge Düsseldorfer und ältere Gerresheimer der Einladung des Jugendringes zum Ortstermin gefolgt war, ließ sich mit großem Interesse Geschichte des Hauses und Absichten des Jugendringes erklären. Ingeborg Zacher vom Stadtmuseum betrachtete sorgfältig verholzte Balken, ausgehöhltes Gemäuer, Reste einer Anlage, die einmal durch ihre Schönheit in einer Umgebung alter Gärten und Obstbäume erblühte. Die Jüdische Gemeinde Düsseldorf, beunruhigt durch antisemitische Schmierereien und bedrängt durch die schnelle Auflösung der Vorkommnisse durch die Kriege, hat schon vor Jahren wissen lassen, daß eine Beziehung zu dem Haus als Synagoge fehle.



Ortstermin vor dem ausgebrannten Haus.

R2-682, Gebaut

Rheinische Post vom 28. März 1984

Archiv Jugendring Düsseldorf

Ortstermin des Jugendrings in Gerresheim.

## Ein Baustein für die Synagoge von jedem Düsseldorfer

Heute soll der Rat die Entscheidung fällen  
Von unserem Redaktionsmitglied Ulrike Gondorf

Eine Investition in die Zukunft forderte gestern morgen Klaus Reuter, der stellvertretende Vorsitzende des Jugendringes, angesichts eines „Schutthaufens“, der zerstörten ehemaligen Synagoge in Gerresheim. Etwa 160 Gerresheimer Bürger hatten sich dort eingefunden zum „Ortstermin Synagoge“, dazu Stadtdechant Henrichs, Jugendamtsleiter Saatkamp, Dr. Günter Tondorf von den „Alten Düsseldorfer“, Dr. Inge Zacher vom Stadtmuseum, das die Idee der Einrichtung einer Gedenkstätte unterstützt.

Nach dem Vorbild der Aktionen für den Schloßsturm und für die Glaskuppel des Aquariums möchte der Jugendring eine breite Spendenbewegung zustande bringen, die quer durch alle Gruppen der Bevölkerung geht und so deutlich macht, daß alle Düsseldorfer den aufkommenden neo-faschistischen Tendenzen ein deutliches „Nein“ entgegenzusetzen. Das könnte, so hoffte Reuter, eine Signalwirkung haben für uninformierte und labile Jugendliche, die in den Sog rechtsradikaler Gruppen zu geraten drohen. Dazu wurde bei der Kieissparkasse Düsseldorf unter der Kontonummer 1039 571 ein Sonderkonto „Gerresheimer Synagoge“ eingerichtet. Zu Schutzherrn der Aktion wünscht man sich alle drei Bürgermeister.

Damit eine solche Bürgeraktion für den Wiederaufbau der Synagoge Chancen auf Erfolg hat, wurde dringend an den Rat appelliert, auf seiner heutigen Sitzung eine Garantieerklärung abzugeben, und zwar „ohne Wenn und Aber“, als politische Entscheidung, die nicht auf die bürokratische Ebene verschleppt werden dürfe. Die von SPD-Politikern vorgeschlagene Idee, für die Bauarbeiten arbeitslose Jugendliche einzusetzen, fand die Zustimmung des Jugendringes, da hier ein sinnfälliges Zeichen gesetzt werde. Denn gerade arbeitslose Jugendliche, zu denen auch die Brandstifter gehörten, zeigten sich empfänglicher für neo-faschistische Ideologien. Daß die Zerstörung der ehemaligen Gerresheimer Synagoge und die antisemitischen Schmierereien an Häusern der Umgebung kein Einzelfall, sondern nur die spitzwärtliche Spitze des Eisbergs seien, vermutete Reuter aufgrund einer Untersuchung des Jugendrings in Jugendclubs der ganzen Stadt, die zur Zeit läuft und deren Ergebnisse im nächsten Monat vorgelegt werden. Deshalb wiederholte der Vertreter des Jugendrings die Forderung, die Synagoge nicht nur als Mahnmahl der Geschichte wieder aufzubauen, sondern auch die Gegenwart nachdrücklich mit einzubeziehen. Zu dokumentieren waren hier neben dem Nazischasmus vor allem die Ausländerfeindlichkeit. Wie damals die Juden abgelehnt wurden, so sind es heute die Türken.

Westdeutsche Zeitung vom 28. März 1984

Archiv Jugendring Düsseldorf

## Mit Spenden wird Synagoge aufgebaut

hb. Düsseldorf, 28. März

Das Stadtjugendring hat die Forderung der ehemaligen Synagoge in Gerresheim, „Das Bethaus auf erhalten bleiben“, forderte gestern Klaus Reuter (2), stellvertretender Vorsitzender.

Der alte Backsteinbau vor Ende Februar nach einem Anschlag ausgebrannt (Bild 1027 885). Die Kosten der Restaurierung sind noch nicht bekannt.

Bild Düsseldorf vom 28. März 1984

Archiv Jugendring Düsseldorf

Aber schon in diesem Stadium regte sich erster Widerstand gegen die Forderung des Jugendringes Düsseldorf. Bevor wir auf die Ereignisse in Sachen ehemalige Gerresheimer Synagoge weiter eingehen, noch einige Anmerkungen zu neo-nazistischen Übergriffen in Düsseldorf.

Als nach zwei Monaten sich an dem Gebäude in Gerresheim noch nichts getan hatte (das Gebäude befand sich in dem gleichen Zustand, wie es nach den Aufräumarbeiten der Feuerwehr verlassen wurde; eine bauliche Absicherung fand nicht statt), setzte der Jugendring einen zweiten Ortstermin an. Auf unsere Einladung hin „hagelte“ es Absagen. Der große Rückzug begann. Fast alle, die sich bisher für den Erhalt der ehemaligen Gerresheimer Synagoge eingesetzt hatten, waren nicht erschienen. Der Grund dafür war, daß der Ältestenrat der Stadt Düsseldorf beschlossen hatte, der Oberbürgermeister solle ein klärendes Gespräch mit allen Beteiligten führen, um in Sachen Gedenkstätte zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen.

In der Zwischenzeit hatte die Jüdische Gemeinde eindeutig gegen den Wiederaufbau des Gebäudes votiert. Wie ist aber wie zwischen Herrn Spiegel (Jüdische Gemeinde) und Herrn Reuter (Jugendring Düsseldorf) besprochen, für eine Gedenkstätte in Düsseldorf, nur nicht an diesem Ort.

Daraufhin ging der Jugendring Düsseldorf von der Forderung ab, die ehemalige Synagoge zu erhalten. Es ging dem Jugendring mehr um die Errichtung einer Gedenkstätte in Düsseldorf, die an die Opfer des Faschismus erinnern soll, als um uneffektive Standortdiskussionen.

Das Gespräch mit dem Oberbürgermeister fand am 13.6.1984, einen Tag vor der Ratssitzung, statt. Dieser Termin war, wie sich später herausstellen wird, ein ausgeklügelter Schachzug.

In dem Gespräch versuchte man den Anwesenden zu verkaufen, daß der zu erwartende Anbau des Stadtmuseums der prägnanteste Ort für eine Gedenkstätte sei. Dieses wurde vom Jugendring und anderen Anwesenden entschieden abgelehnt, da die Dokumentation der Zeit von 1933 - 1945 eine Sache, die Errichtung einer Gedenkstätte über eine andere sei. Am Ende der Sitzung konnte man zu keinem gemeinsamen Beschluß

# Ein Gedenk-Zimmer

- 5 -

Von unserem Redaktionsmitglied Gerda Kaltwasser

Im Rat der Stadt wurde gestern der Weg freigegeben für den dritten Bauabschnitt des Stadtmuseums an der Bäckerstraße. Zusätzlich wurde die Verpflichtung aufgenommen, in diesem Neubau ein Zimmer einzurichten, in dem des Schicksals der jüdischen Bürger der Stadt und des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten gedacht wird.

Dieser Beschluß ist das Ergebnis eines Gesprächs, das Oberbürgermeister Josef Kürten mit Vertretern der Fraktionen, der jüdischen Gemeinde, der Jugendrings, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Vereinigung der Verfolgten des Nazire-

gimes und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit über das Schicksal der ehemaligen, vor kurzem durch Brandstiftung zerstörten kleinen Gerresheimer Synagoge hatte. Bei diesem Gespräch hatte der Sprecher der Jüdischen Gemeinde, Paul Spiegel, Gelegenheit, zu erklären, daß für sie dieses Gebäude, das von der Gerresheimer jüdischen Gemeinde schon 1909 verkauft worden war und als Fabrik- oder Lagerhalle gedient hat, keinerlei religiöse Bedeutung besitzt. Für eine Gedenkstätte an zentraler Stelle der Stadt Düsseldorf sei die Jüdische Gemeinde zu finanzieller Unterstützung bereit.

Rheinische Post vom 15. Juni 1984  
Archiv Jugendring Düsseldorf

Somit ging ein weiteres Kapitel "Zentrale Gedenkstätte" in Düsseldorf zu Ende.

Fachtagung des Jugendrings zeigte:

## Rechtsradikalismus keimt in Jugendclubs

Ursache: Mangelndes politisches Wissen

„Rechtsradikalismus in Düsseldorf“ war das Thema der jüngsten Arbeitstagung des Jugendrings, an der 52 hauptamtliche Mitarbeiter aus der offenen Jugendarbeit teilnahmen, um über Ursachen und Ausmaß des Rechtsradikalismus unter Jugendlichen zu diskutieren.

Sie kamen zu dem Schluß, daß in Düsseldorf rechtsradikale Gruppen bestehen, beispielsweise im Umkreis einiger Motorradclubs und Fortuna-Fan-Clubs, die zunehmend aktiver werden. Die Bereitschaft zur Anwendung körperlicher Gewalt sei, wie jüngst die Explosion einer selbstgebastelten Bombe am Heisenplatz beweise, in diesen Gruppen durchaus vorhanden. Deutlich in Erscheinung trete bereits jetzt ein verbaler Rechtsradikalismus, der sich in Antisemitismus und Hetzparolen gegen Ausländer niederschlägt.

Die zunehmende ökonomische Drucksituation, die Arbeitslosigkeit, der Mangel an Zukunftsperspektiven, die engen Verhältnisse der Großstadt, die dem Abenteuerdrang keine Entfaltung gewähren, während für motivierende Jugendarbeit, Ausflüge und Ferienfahrten immer weniger Geld vorhanden sei, sowie das mangelnde geschichtliche und politische Wissen der Jugendlichen bezeichneten die Jugendbetreuer als mögliche Ursachen der bedrohlichen Tendenz. Sie verbanden damit den Appell an alle Verantwortlichen, diese Entwicklungen nicht zu verharmlosen und rechtzeitig gegenzusteuern. Auf seiner nächsten Tagung will der Jugendring pädagogische Hilfestellungen erarbeiten, die den Mitarbeitern ermöglichen sollen, gezielt in den rechtsradikalen Dunstkreis einzuwirken.

Ulrike Gondorf

Westdeutsche Zeitung v. 1. Juni 1984  
Archiv Jugendring Düsseldorf



Mit einer Pressekonferenz am 22.2.1985 begann der Jugendring eine Großaktion, um nun endlich die gewünschte Mahn- und Gedenkstätte für Düsseldorf zu erhalten. Das Jahr der Jugend und der 8. Mai sollen diese Forderung politisch unterstützen. Es werden 25.000 Faltblätter publiziert und der öffentliche Druck wird spürbar größer.

Jugendring: Gedenkstätte für Opfer des NS-Regimes in der „Reuterkaserne“

# Im Keller folterten die Nazis

Gespräch mit Oberbürgermeister Bungert „ermutigend“ / Bitte um breite Unterstützung  
Von unserem Redaktionsmitglied Marion Hänschen

Während der Majdanek-Prozess in Düsseldorf lief – er wurde am 26. November 1975 vor der XVII. Schwurgerichtskammer des Landgerichts eröffnet – wollten junge Leute irgendwann einen Kranz zum Gedenken an die KZ-Opfer niederlegen. Doch die mahnende Geste mußte unterbleiben: Es gab in Düsseldorf keinen Ort dafür.

## Zeitzeugen

Seit dieser Zeit bemüht sich der Stadtjugendring unablässig darum, eine solche Stätte des Gedenkens einzurichten. Jetzt unternimmt er seinen „letzten Versuch“: Die Pfandleihanstalt an der Straße Reuterkaserne bietet sich als historisch authentischer Ort an. In ihrem Keller folterten Nazis Schergen Gefangene. Es gab einen Ortstern mit Zeitzeugen.

Klaus Reuter, stellvertretender Vorsitzender des Jugendrings, koordiniert diese neue Initiative. Ein erstes Gespräch mit Oberbürgermeister Bungert verlief „ermutigend“. Man fand nicht nur Verständnis, sondern der OB intervenierte auch gleich beim Wissenschaftsministerium mit der Bitte, das möge rund 400 Quadratmeter Kellerraum zu diesem Zwecke überlassen.

Zur Zeit gehört die Pfandleihanstalt – der Jugendring hat sie „Reuterkaserne“ nach der Straße genannt – noch der Stadt. Sie beherbergt das Planungamt, das in diesem Jahr auszieht. Danach erhält es die „Kunstakademie“ zur Nutzung, womit der Bau in die Kompetenz des Wissenschaftsministeriums übergeht.

Reuter und mit ihm die 16 im Jugendring organisierten Verbände mit über 50 000 Mitgliedern hoffen jetzt vor allem auf große Resonanz aus der Öffentlichkeit. Unterstützung für das Projekt wünschen sie sich ferner nicht nur von allen politischen Parteien, sondern auch von den zahlreichen Vereinen der Stadt. Der Kalender

tiert die Forderung, 1979 schien sich ein Erfolg abzuzeichnen: Die BV 1 beschloß, dem Rat die Einrichtung einer Gedenkstätte zu empfehlen. Erst zwei Jahre später wurde darüber verhandelt: Man einigte sich auf Gedenktafeln. Aber: Nichts geschah. 1982 wurde der Jugendring erneut aktiv – wieder ohne Erfolg.

Gedenkstätte zusammenzubekommen. Erste Schwierigkeit: Der damalige Oberbürgermeister Kürten verweigerte die Schirmherrschaft. Dabei hatte er 1957 als Vertreter der katholischen Jugend die Satzung des Jugendrings mit unterschrieben, in der als Ziel u. a. formuliert ist: „... ein Aufheben militärischer, nationalistischer und totalitärer Tendenzen mit allen Kräften zu vermeiden“. Als jedoch die jüdische Gemeinde gegen das Vorhaben war, ließ der Jugendring den Plan fallen.

Wieviel Erfolg dem jetzigen Versuch beschieden ist, ist offen. Konkret dagegen sind Vorstellungen für die „Reuterkaserne“: Angelehnt an ähnliche Gedenkstätten in Köln und Essen, soll es eine ständige und eine wechselnde Ausstellung geben – vor allem aber soll die Mahnstätte fest in den Schulunterricht eingebunden werden.

## Tradition

Sie soll einen umfassenden Überblick über das Leben zur Zeit des Dritten Reichs geben: über den Widerstand, verbunden mit Namen wie Probst, Stetz oder den vielen Namenlosen des Gerrerheimer Arbeiterwiderstandes. Aber auch aktuelle neonazistische Umtriebe sollen thematisiert werden.

Das zähe Ringen um ein Mahmal für die Opfer des Nazi-Regimes hat in Düsseldorf Tradition: Schon 1947 gab es im Rat einen Beschluß, dann kamen erst elf Jahre danach die – fragwürdigen – Normen am Nordpark.



Im Keller der „Pfandleihanstalt“, die der Jugendring „Reuterkaserne“ nennt, soll die Mahn- und Gedenkstätte endlich entstehen.  
Foto: Jürgen Reitzlaff

begünstigt das Vorhaben: Schließlich fährt sich der Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai zum vierzigsten Male. Reuter: „Wir können nicht mehr bis zum 50. Jahresag warten.“

Geduld und Beharrungsvermögen in dieser Sache hatte der Jugendring wahrlich genug. Seit 1975, wie gesagt, da-

Im Vorjahr dann, fast auf den Tag genau, verübten Neonazis den Brandanschlag auf die Gerrerheimer Synagoge. Es gab Erklärungen vom damaligen OB Kürten, von Oberstadtdirektor Högener, der Rat beschloß, das Gebäude zu sichern. Der Jugendring wollte eine Spendenaktion starten, um so Mittel für die Umwandlung in die längst überfällige

Aber auch 1985 versucht man die Mahn- und Gedenkstätte zu verhindern, indem man die Standortdiskussion führen will.

Durch eine initiierten Briefschreibaktion an den Oberbürgermeister, die eine durchschlagende Wirkung zeigte, wurde diese Strategie entkräftet.

## Diskussion um eine Gedenkstätte geht weiter

# Peitschenhiebe im Altstadt Keller

Pfandhaus oder des Städtchens Mühlenstraße?

- 7 -

Rheinische Post  
vom 19.3.85

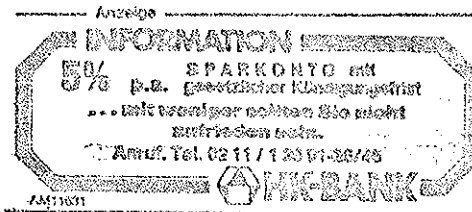
Einige Dutzend Jung-Düsseldorfer, so jung, daß ihre Eltern kaum etwas von Krieg und Nazi-Zeit erzählen können, zwei ältere Herren, die die siebzig längst hinter sich haben, dazu Vorstandsmitglieder des Düsseldorfer Jugendrings gingen gestern im ehemaligen Pfandhaus an der Reuter-

kaserne Stufen hinab in die Kellerräume. Hier waren 1934 der Düsseldorfer Schuhmachermeister Peter Busch und viele seiner Gesinnungsfreunde, unter ihnen Hermann Laupsien, einer der beiden älteren Herren, von Nationalsozialisten bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen worden.

Peter Busch, nach dem Krieg Obermeister, dann Ehrenobermeister der Düsseldorfer Schuhmacher-Innung, hat die Szenen mit den Peitschenschlägen, der blutbeschnittenen Kellerecke im alten Gebäude zwischen Rhein und Kunstakademie in dem Buch „Einiger, der dagegen war“ geschildert. Gestern hörten die jungen Düsseldorfer an Ort und Stelle etwas von „einem, der

Kapitel, von dem Nazi-Opfer vor allem von der linken Seite des Widerstands berichten können.

Widerstand, so Werner Sterzenbach und Hermann Laupsien, beide Lagern und Gefängnissen entkommen, wurde in Düsseldorf vor allem von kommunistischer Seite und den organisierten Jung-Katholiken geleistet. Flugblätter rieselten vom Wilhelm-Marx-Haus, unter Lebensgefahr für die Widerständler, eine rote Fahne rollte über eine elektrische Freileitung über den Rhein. Viel versprach man sich bei der Machtergreifung Hitlers 1933 von einem Generalstreik. Aber die Gewerkschaften machten nicht mit, die Arbeiter hatten zu viele Rückschläge und durch die Arbeitslosigkeit zuviel Not erlitten. Überdies glaubten weder links noch in der Mitte (Zentrum) stehende Deutsche, daß der „Braune Spuk“ länger als ein paar Wochen, höchstens Monate dauern würde.



dagegen war.“ Denn der Jugendring sucht, die RP berichtete mehrfach darüber, in Düsseldorf eine Stätte, an der geschichtsgetreu des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gedacht werden kann. Das Mahnmal nahe dem Nordfriedhof, allen Opfern der Gewalt errichtet, genügt ihm nicht. Der Keller des Hauses südlich der Oberkasseler Brücke, das demnächst der Staatlichen Kunstakademie als dringend nötige Dependence zugeschlagen wird, erschien ihm geeignet. Hier könnten Zeugnisse jener Zeit gesammelt, könnte der Opfer gedacht werden, könnten Jugendgruppen lebendigen Geschichtsunterricht erhalten.

Der erste Schritt dazu wurde gestern getan, mit der Besichtigung und einer anschließenden Fragestunde, bei der die jungen Leute wissen wollten, wie der Widerstand sich nach 1933 formierte, wohl auch, warum er nicht wirkungsvoller war, und wie die Entschädigung der Opfer nach 1945 ausgesehen habe. Das letzte ein trübes

Zwölf Jahre wurden daraus, so viele, wie in Düsseldorf später für das Mahnmal am Nordfriedhof gebraucht wurden. Jetzt steht also ein neues Mahnmal zur Debatte. Vielmehr: seit einem Beschluß des Ältestenrates, der gestern gefaßt wurde, deren zwei. Denn auch das Stadthaus an der Mühlenstraße, so der Ältestenrat, sei für eine Mahn- und Gedenkstätte geeignet, da dort bis 1935 das Polizeipräsidium untergebracht war und erwiesenermaßen Menschen gequält worden seien.

Die Landesregierung übrigens machte, ebenfalls gestern, klar, daß sie nicht grundsätzlich gegen eine Gedenkstätte in dem künftigen Nebengebäude der Staatlichen Kunstakademie sei. Das Land sei aber nicht in der Lage, Kosten für die Gedenkstätte mitzutragen, da müsse sich schon die Stadt bemühen. Der Jugendring bat längst seine Bereitschaft erklärt, dabei zu helfen.

## im Polizeipräsidium

### Rat einstimmig für Mahn- und Gedenkstätte

Einstimmig sprach sich der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 2. Mai für die Einrichtung einer Mahn- und Gedenkstätte in den Räumen des früheren Polizeipräsidiums im Haus Mühlenstraße 29 aus. Es handelt sich dabei um die Räume rechts des Eingangs mit den darunter liegenden Kellerräumen. Der Rat beauftragte die Verwaltung, bis zur Sitzung am 13. Juni planungsreife Unterlagen zu erstellen und die Kosten für den Ausbau und die Einrichtung zu ermitteln.

Die Einrichtung an der Mühlenstraße, hier sind zur Zeit Räumlichkeiten der Stadtverwaltung, ist gedacht als zentrale Düsseldorfer Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des nationalsozialistischen Regimes in der Landeshauptstadt. Die Bitte nach der Errichtung einer solchen Gedenkstätte ist von verschiedenen Düsseldorfer Verbänden, insbesondere dem Jugendring, an die Verwaltung herangetragen worden.

Die von der Verwaltung für die Juni-Sitzung des Rates zu erarbeitende Vorlage soll auch ein Konzept für die zukünftige Arbeitsgestaltung des Hauses enthalten.

Schließlich beschloß der Rat der Stadt Düsseldorf am 2. Mai 1985 die Errichtung einer Mahn- und Gedenkstätte in den Räumen der des Ehemaligen Polizeipräsidiums an der Mühlenstraße.

Zur Zeit befinden wir uns bei der Konzeptionierung der Mahn- und Gedenkstätte. Bei einer der nächsten Tagungen werden wir sicherlich über den neuesten Stand berichten können.

Peter Lukasczyk  
Geschäftsführer  
des Jugendringes Düsseldorf